

Einladung zum 8. WRB-Anlass

1. Teil:

Wann: **Freitag, 28. August 2015 19.15 – 21.30 Uhr**
Wo: Restaurant Gleis 13, Olten, 1. Stock (direkt neben dem Gleis 12)
Wer: öffentlicher Anlass
Kosten: keine, freie Kollekte

2. Teil:

Wann: **Samstag, 5. September 2015 09.15 – 12.30 Uhr**
Wo: Restaurant Gleis 13, Olten, 1. Stock (direkt neben dem Gleis 12)
Wer: öffentlicher Anlass
Kosten: keine, freie Kollekte

Thema des WRB-Werkstattanlass in Olten

"Solothurner sozialdemokratische Politik als Utopie: Was könnte wie anders und besser werden?"

Zur Vorbereitung in der Anlage 1 Text:

Vom »Unrechtsstaat« und der Tragödie des Parteikommunismus

Von Michael Brie

Wir freuen uns auf Dich!

Das Kernteam der WRB

August 2015/NW

Unsere Mandatsträger in den Behörden haben Pflichten und Rechte gegenüber der Partei

Das Verhältnis zwischen der Partei und ihren Mandatsträgern in Parlamenten, Regierungen und anderen Behörden ist entscheidend für unsere Stosskraft. Wo dieses Verhältnis gestört ist, verlieren beide:

Die Mandatsträger verlieren ihren Rückhalt und sind zur Anlehnung an den politischen Gegner gezwungen; die Partei verliert ihre Glaubwürdigkeit und Durchsetzungskraft.

Ein *Behördenmitglied*, das von der Sozialdemokratie in ein Amt delegiert oder für eine Wahl aufgestellt und gewählt worden ist, muss folgende Verhaltensregeln beachten:

1. Seine Arbeit muss von sozialdemokratischem Gedankengut geprägt sein. Sind Kompromisse unausweichlich, weil sich die Sozialdemokraten in der Minderheit befinden, muss der sozialdemokratische Standpunkt deutlich klagestellt werden.
2. Um seinen politischen Standpunkt immer wieder zu überprüfen, muss das Behördenmitglied in engem Kontakt mit der Partei bleiben. Es hat sich der Partei und ihren Wählern zu stellen und sich ihr als Mitarbeiter, Berater, Referent zur Verfügung zu halten. Es hat an den innerparteilichen Bildungsveranstaltungen teilzunehmen.
3. Ein Mandat in einer Behörde darf nie Selbstzweck werden. Ein Behördenmitglied muss bereits bei seiner Wahl wissen, dass seine Partei auch das Recht haben muss, in der nächsten Periode diesen Wahlvorschlag nicht mehr zu wiederholen.
4. Ein Regierungsmitglied sollte wegen seiner bedeutenden öffentlichen Stellung in der Partei eine Integrationsfunktion ausüben und bei innerparteilichen Meinungsverschiedenheiten vermittelnd wirken.
5. Ein sozialdemokratisches Behördenmitglied soll die Beschlüsse seiner Partei vertreten. Wo es davon abweicht, soll es seinen abweichenden Standpunkt gegenüber der Partei und den Wählern begründen.
6. Ein sozialdemokratisches Behördenmitglied soll seine finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Partei ordnungsgemäss und vorbildlich

erfüllen. Im Gegensatz zu anderen Parteien, die Politik als Fortsetzung des Geschäfts mit anderen Mitteln verstehen, finanziert unsere Partei Kampf und Arbeit vorwiegend mit Beiträgen von Mitgliedern und Mandatären.

7. Ein sozialdemokratisches Behördenmitglied muss wissen, dass es für die Abhängigen einzustehen hat und sich nicht durch sein politisches Mandat persönlich bereichern darf. Wer sein Mandat für persönliche Geschäfte missbraucht, gehört nicht in die sozialdemokratische Partei.

Auch *die Partei* muss sich an die Grundsätze unserer politischen Kultur halten:

1. Sie muss Verständnis aufbringen für die Mechanismen und die Kompromisserfordernisse in unserem politischen System.
2. Sie muss wissen, dass sie durch übertriebene und verletzende Kritik und durch den Entzug ihrer Unterstützung die Mandatsträger in die Abhängigkeit der Bürgerlichen treibt. Sie muss den Behördenmitgliedern jederzeit Gelegenheit verschaffen, ihren Standpunkt vor der Parteiöffentlichkeit zu vertreten.
3. Sie muss damit rechnen, dass unsere Behördenvertreter in Sachgeschäften einen Informationsvorsprung haben und oft Stellung nehmen müssen, lange bevor sich die Partei oder die Öffentlichkeit darüber eine Meinung gebildet haben.

Eine starke Partei muss in ihrer Basis fest verankert sein

Selbstverwaltung, die wir als Verwirklichung der Demokratie verstehen, erfordert die Anwendung basisdemokratischer Arbeitsformen auch in der eigenen Partei.

Wir wissen, dass unsere Partei immer auch zwei Gefahren ausgesetzt ist:

- der Gefahr des demokratischen Zentralismus, der zur Allgewalt einer Parteibürokratie führen kann;
- der Gefahr einer Delegations-Demokratie, die alle Aufgaben und Verantwortungen auf ein paar lokale, kantonale und nationale Repräsentanten schiebt.

Die Partei als einheitlicher Block mit festen, weltanschaulichen und organisatorischen Grenzen gibt es nicht mehr. Wir verstehen unsere Partei auch als Forum, wo um die Grundfragen unserer Zeit gerungen wird. Sie ist eine solidarische Verbindung aktiver Bürger, vereint im Bekenntnis zu den Grundsätzen des demokratischen Sozialismus. Sie ist eine offene Organisation, bei der die Zugehörigkeit als Mitglied oder Nahestehender nicht mit einem dogmatischen oder sturen Bekenntnis verbunden wird. Um die Zersplitterung der Partei zu verhindern, darf sich in der Partei keine Meinungsgruppe als gesonderte Fraktion organisieren.

Diese Offenheit erfordert gegenseitige Toleranz. Sie erfordert grosse Anstrengungen bei der internen Verständigung. Die Konfliktaustragung soll nicht dazu führen, dass die eine Meinungsgruppe einen Sieg über die andere erringt, sondern dass beide gegenseitig ihre Motive und Werte verstehen, um sich auch gegenseitig zu unterstützen. Wir bemühen uns, unsere Konfliktfähigkeit zu stärken.

Ein wichtiges Instrument der internen Verständigung ist die parteiinterne Bildung. Es ist unerlässlich, dass wir auf allen Ebenen einen Teil unserer Kapazitäten und Finanzmittel für die innerparteiliche Bildungsarbeit einsetzen.

Ebenso wichtig ist es, dass wir in der Partei die politische Arbeit mit gesellschaftlichem Zusammensein verbinden. Die Pflege der persönlichen

Beziehungen, ein Stück gemeinsame Lebenslust, gemeinsames Verbringen der Freizeit, ein wenig Geborgenheit und gegenseitiges Vertrauen sind unerlässliche Voraussetzungen, damit wir auf die Dauer politisch in der Partei aktiv bleiben können.

Für die Existenz der Sozialdemokraten ist die Pflege einer politischen Kultur entscheidend.

Vom »Unrechtsstaat« und der Tragödie des Parteikommunismus

Von Michael Brie

War die DDR ein „Unrechtsstaat“? Im Zuge der Koalitionsverhandlungen in Thüringen ist, just 65 Jahre nach Gründung der DDR, eine alte Debatte neu entbrannt. Dabei handelt es sich bei dem Begriff des Unrechtsstaats um eine ausgesprochen problematische Vokabel. Zweifellos war die DDR kein Rechtsstaat, sondern, sogar nach ihrem Selbstverständnis, eine Diktatur, nämlich die des Proletariats. Der Begriff des Unrechtsstaats geht jedoch weit darüber hinaus und stellt die historische Legitimation dieses Staates seit seinen Anfängen in Frage. Daher die berechtigte Kritik an diesem Begriff, etwa von Gregor Gysi.

Dennoch sind jetzt wieder all jene auf den Barrikaden, die der Linkspartei seit 25 Jahren vorwerfen, sich nicht hinreichend mit ihrer Geschichte auseinanderzusetzen. Dabei hat die Partei in vielen Manifesten ihre Distanzierung insbesondere von ihrer stalinistischen Periode zum Ausdruck gebracht, am sichtbarsten zuletzt im Oktober 2013, als der Parteivorstand eine „Gedenktafel am Karl-Liebknecht-Haus“ beschloss. Der erste Punkt des Beschlusses lautet: „Im Gedenken an die Kommunistinnen und Kommunisten, Antifaschistinnen und Antifaschisten, die dem großen Terror in der Sowjetunion zum Opfer fielen, wird am Berliner Karl-Liebknecht-Haus eine Gedenktafel angebracht. Die Inschrift lautet: ‚Ehrendes Gedenken an Tausende deutsche Kommunistinnen und Kommunisten, Antifaschistinnen und Antifaschisten, die in der Sowjetunion zwischen den 1930er und 1950er Jahren willkürlich verfolgt, entrechtet, in Straflager deportiert, auf Jahrzehnte verbannt und ermordet wurden.‘“¹

Was die Distanzierung vom Stalinismus angeht, kann es an der Haltung der Linkspartei somit keinen Zweifel geben. Der Bruch mit dem „Stalinismus als System“ wurde vollzogen. Eine wirkliche Aufarbeitung, die der Tragödie des Kommunismus wirklich auf den Grund gehen will, kann sich damit jedoch nicht begnügen. Denn: Das Problem reicht tiefer – nämlich bis in den auf Lenin basierenden Parteikommunismus, der der herrschenden Partei absolute Macht, da absoluten Wahrheitsanspruch einräumte.² Worauf

1 Die Gedenktafel befindet sich an der gleichen Außenwand, an der noch zu Zeiten der DDR folgendes stand: „Ernst Thälmann, der Führer der deutschen Arbeiterklasse, der heldenhafte Kämpfer gegen Faschismus und Krieg, arbeitete in diesem Haus“.

2 Vgl. dazu auch den Vortrag von Michael Brie, Der Bruch mit dem Leninismus als System. Sozialismus und Demokratie – eine historische Tragödie, Leipzig 20.4.2013, www.rosalux.de.

es daher ankommt, ist der Bruch mit dem „Leninismus als System“. Die Diskussion über den „Unrechtsstaat“ führt davon eher weg.

Weltgeschichtlich beispielloos: Größe und Elend des Parteikommunismus

Niemals hat eine politische Bewegung in so kurzer Zeit so viele Menschen in ihren Bann gezogen und so viele Gesellschaften nach ihrem Bilde geformt wie der von Lenin begründete Parteikommunismus des 20. Jahrhunderts. Und niemals zuvor wurden so viele Anhänger einer solchen Bewegung von deren Führern und ihren Apparaten unterdrückt, verfolgt, eingekerkert und ermordet wie in jener Zeit, die mit dem Stalinismus (und auch Maoismus) verbunden wird. Die Größe und das Elend des Parteikommunismus sind weltgeschichtlich beispielloos.

Auf dem 20. Parteitag der KPdSU von 1956 ging Nikita Sergejewitsch Chruschtschow mit den folgenden Worten auf den Großen Terror Stalins ein: „Und gerade in dieser Periode (der Jahre 1935 bis 1937) kam es zur Praxis der massenweisen Repressalien von Staats wegen, zuerst gegenüber den Gegnern des Leninismus: gegenüber den Trotzlisten, Sinowjew- und Bucharinleuten, die schon seit langem politisch von der Partei zerschlagen waren, später auch gegenüber vielen ehrlichen Kommunisten, gegenüber denjenigen Parteikadern, die die schwere Last des Bürgerkrieges sowie der ersten und schwierigsten Jahre der Industrialisierung und Kollektivierung auf ihren Schultern getragen hatten, die aktiv gegen die Trotzlisten und Rechtsabweichler um eine leninistische Parteilinie gekämpft hatten.“³ Immer noch wurde die Unterscheidung zwischen denen, die jemals in einen Konflikt mit Lenin geraten waren, und den „ehrlichen Kommunisten“ gemacht. Welch irrwitziges Kriterium von „Ehrlichkeit“!

In seinem Roman „Leben und Schicksal“ lässt Wassili Grossman einen kommunistischen Häftling im Gulag sagen: „Ich beneide nicht, die draußen in Freiheit sind. Die in ein deutsches Konzentrationslager geraten sind, die beneide ich. Wie schön, wenn man einsitzt und weiß, dass man von einem Faschisten geprügelt wird. Wir sind hier doch in der schrecklichsten Lage, werden von unseren eigenen Leuten misshandelt.“⁴

Einer derer, der während des Faschismus und des Parteikommunismus im Gefängnis saß, war Walter Janka, mit Wolfgang Harich Kopf der wohl wichtigsten Oppositionsgruppierung der frühen, der 50er Jahre.⁵ Zwei Mal war Janka im „Gelben Elend“, dem Gefängnis von Bautzen, eingekerkert – zum ersten Mal für anderthalb Jahre nach 1933 und zum zweiten Mal für vier Jahre 1957. Welche Perfidie! Beim ersten Mal wurde ihm Vorbereitung zum Hochverrat vorgeworfen – wie hätte er den nationalsozialistischen Richtern

3 Nikita S. Chruschtschow, „Rede des Ersten Sekretärs des CK der KPSS, N. S. Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPSS [„Geheimrede“] und der Beschluss des Parteitages ‚Über den Personenkult und seine Folgen‘, 25. Februar 1956“, 1956, www.1000dokumente.de/index.html.

4 Vasilij S. Grossman, Leben und Schicksal, Berlin 2008, S. 219.

5 Vgl. zu den Zielen der Gruppe um Wolfgang Harich und Walter Janka das Vernehmungsprotokoll in: Der Prozess gegen Walter Janka und andere. Eine Dokumentation, Berlin 1990, S. 29.

widersprechen können! –, zum zweiten Mal wurde er „als unmittelbarer Hintermann und Teilnehmer einer konterrevolutionären Gruppe“ wegen Boykotthetze zu fünf Jahren Zuchthaus mit verschärfter Einzelhaft verurteilt. Dieses Verdikt hat er, ganz anders als das erste, niemals akzeptiert.

Wie aber lautete der entsprechende Paragraph der DDR-Verfassung (Art. 6, Paragraph 2) von 1949, auf den sich das Urteil gegen Walter Janka und die Mitangeklagten bezog? „Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhass, militärischer Propaganda sowie Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches.“⁶ Walter Janka wurde in der DDR also mit Berufung auf genau jenen Paragraphen verurteilt, der dem offensiven Schutz der Demokratie vor faschistischen Angriffen dienen sollte. Der nachfolgende entscheidende Satz – „Ausübung demokratischer Rechte im Sinne der Verfassung ist keine Boykotthetze“ – wurde dagegen ignoriert.

Kurzum: Der behauptete Schutz der Demokratie wurde in ein Mittel der Zerstörung der Demokratie und der Negierung der elementaren, in der Verfassung verbrieften demokratischen Grundrechte verwandelt. Kritik an der aktuellen Partei- und Staatsführung der DDR – vornehmlich unter dem Gesichtspunkt mangelnder Demokratie artikuliert – wurde mit antidemokratischer Haltung identifiziert.

Diese Paradoxa sind dem Parteikommunismus sowjetischer Prägung wesenseigenen. Sie sind nicht stalinistisch, sondern leninistisch. Stalinistisch sind nur der entfaltete Terror gegen die eigene Partei und der völlige Verlust jeder Kontrolle über die Ausübung personaler Macht.

Der Leninismus: die radikalste humanistische Vision mit der wirkungsstärksten politischen Kampfform der Neuzeit

Anders als das Elend kann die Größe des parteikommunistischen Projekts heute schnell vergessen werden. Sie ergab sich aus der Verbindung der radikalsten humanistischen Vision, die es jemals gegeben hat (dem Kommunismus der Freien und Gleichen oder der „Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die Entwicklung aller“⁷ wird), mit der wirkungsstärksten politischen Kampfform der Neuzeit – der leninistischen Partei und der von ihr geführten militärischen, sicherheitspolitischen, sozialen und kulturellen Organisationen. Der Kommunismus versprach, jede Form von Ausbeutung, Unterdrückung, Diskriminierung und Gewalt auszurotten, indem er radikal war, an die Wurzel der Übel ging – die Eigentumsverhältnisse, aus denen die Interessen und die Macht erwachsen, so die Überzeu-

gung, die alleinig Kapitalismus, Rassismus, Patriarchat und Krieg am Leben hielten. Und welche Schwächen die sowjetische Ordnung ganz offensichtlich haben mochte, ein Versprechen hielt sie unter Führung Stalins, der die Neue Ökonomische Politik 1929 jäh beendete, tatsächlich ein: Sie brach mit dem Privateigentum.

Die Erfahrungen des Ersten und Zweiten Weltkriegs, der Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Faschismus begründeten die kommunistische Radikalität. Ganze Generationen von Revolutionären und Freiheitskämpfern schwuren ihre Treue der „Vision der Weltrevolution unter der Fahne des Roten Oktober“⁸. Es waren viele der konsequentesten Kämpfer gegen Krieg, Unterdrückung und Faschismus, jene, die sich mit aller persönlichen Folgerichtigkeit einbrachten, zu den größten Opfern bereit waren, sich von höchster Selbstlosigkeit leiten ließen, viele jener, die Humanismus absolut ernst nahmen, die in dieser Zeit zu Kommunisten wurden. Die kommunistischen Bewegungen waren also vor allem auch moralische Bewegungen und suchen im 20. Jahrhundert ihresgleichen. Es gab in der ganzen Neuzeit wohl keine politische Strömung, die derart ganz und mit so hoher Dauer auf dem millionenfachen Ethos ihrer Anhänger aufgebaut war.

Zu dem Mittel, dass die Erreichung der großen Ziele verbürgen sollte, wurde für die Kommunistinnen und Kommunisten Lenins zentralisierte und disziplinierte Partei neuen Typus – der Berufsrevolutionäre und der von ihr geführten Massen, deren absoluter Vormachtsanspruch auf wissenschaftlich unumstößlicher Wahrheit begründet wurde, deren durchschlagende Wirkung sich aus der Einheit von Bewusstsein, Willen und Handeln ihrer Mitglieder und Anhänger ergeben sollte. Außerhalb und jenseits dieser Partei schien Kommunismus nichts zu sein als ein leeres Wort.

Höchste Freiheit und völlige Unterordnung

Diese Partei war ein Widerspruch in sich: Sie sollte zugleich die künftige Gesellschaft der Freien und Gleichen antizipieren, die freie Assoziation der Zukunft in der Gegenwart vorwegnehmen, und auf blindem Vertrauen in die Führung und bedingungslosem Gehorsam ihr gegenüber geprägt sein. Beides wurde statuarisch verankert – die höchste Freiheit und völlige Unterordnung.

Die Identität der Kommunisten mit sich selbst hing ganz von ihrer Verbundenheit mit einer solchen Partei ab. Was von ihnen selbst spät oder nie erkannt wurde, war die Tragödie dieses Kommunismus: So sehr dieser Typ von Organisation sich unter sehr spezifischen Umständen von Krieg und Bürgerkrieg dazu eignen mochte, die Macht zu ergreifen, so sehr machte er zugleich jeden dauerhaften Fortschritt auf dem Weg der Befreiung unmöglich. Im Augenblick der Errichtung der parteikommunistischen Herrschaft, des Leninismus, wurde zugleich die Quelle jeder politischen Freiheit ausgerottet – die Möglichkeit von Menschen, sich frei und selbstbestimmt zu arti-

6 Zit. nach: Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik [vom 7. Oktober 1949], www.documentarchiv.de/ddr/verfddr1949.html.

7 Karl Marx und Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in MEW, Bd. 4, Berlin 1974, S. 482.

8 Eric J. Hobsbawm, Age of Extremes. The Short Twentieth Century, 1914-1991, London und New York, 1994, S. 71.

kulieren und zu organisieren. Der Raum des Demokratischen „als ein nur von Vielen zu erstellender Raum, in welchem jeder sich unter seinesgleichen bewegt“, der um „Freiheit zentriert“ ist im Sinne des „Nicht-beherrscht-Werden und Nicht-Herrschen“⁹, dieser Raum wurde unwiederbringlich zerstört.

Die Motivationen, die zum Aufbegehren gegen Kapitalismus, Imperialismus und Krieg geführt hatten, sollten unterdrückt werden, wenn der Stiefel im Gesicht der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen von Mitgliedern einer kommunistischen Partei und ihrer Organe getragen wurde. Wie der vom Stalinismus belehrte und doch noch hoffende Ernst Bloch ausführte, gibt es aber mit Blick auf die Menschenrechte „zwischen Gestern und Morgen keinen schlechthin trennenden Riss“¹⁰: „Überall [...] soll es das gleiche Banner der Menschenrechte sein, welches die Werktätigen als Widerstandsrecht in kapitalistischen Ländern erheben, welches sie in sozialistischen durch Aufbau des Sozialismus, Kritikrechte, ja Kritikpflicht in diesem Aufbau vorantragen. Sonst würde ja – *contradictio in adjecto* – autoritärer Sozialismus gelten, indes doch die Internationale das Menschenrecht erkämpft: organisierte Mündigkeit.“¹¹

Den Widerspruch zwischen Freiheitsanspruch und Diktatur erfuhren nicht nur die politischen Gegner, sondern zunehmend auch die Kommunistinnen und Kommunisten selbst, sofern sie sich als Individuen nicht aufgaben, sondern den Weg der Befreiung als Weg wachsender Freiheit gestalten wollten. Verfolgung überzeugter Kommunisten war eine mögliche Konsequenz dieses Kommunismus. Das Überleben des Parteikommunismus wurde davon abhängig, dass der emanzipatorische Aufbruch erstickt wurde, aus dem doch die Energie für den kommunistischen Einsatz gekommen war. Die Verneinung des eigenen Ziels einer freien Gesellschaft im Prozess der leninistischen Verwirklichung dieses Ziels war unvermeidlich. Der Parteikommunismus verbot, dass Marxens kategorischer Imperativ, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“¹² radikal kritisch auf die Verhältnisse der entstandenen staatssozialistischen Gesellschaft angewendet wurde.

Die Bekämpfung des Bösen und die „Dialektik des Guten“

Die parteikommunistische Strömung des 20. Jahrhunderts war derart konsequent auf die Bekämpfung des radikal Bösen fixiert, dass sie glaubte, sich der Dialektik des Guten entziehen zu können. Es gehört jedoch zur *conditio humana*, dass Menschen als soziale Wesen gezwungen sind, „Zwang als Nutzung von Mitteln des Bösen“¹³ akzeptieren müssen, um soziale Beziehungen zu stabilisieren. Ordnung kann nur verwirklicht werden, wenn sie sich

9 Hannah Arendt, Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass, München 1993, S. 39.

10 Ernst Bloch, Naturrecht und menschliche Würde, Frankfurt a. M. 42007, S. 227.

11 Ebd., 204.

12 MEW 1, S. 385.

13 Vincent Ostrom, The Human Condition, Workshop Archives, in: Workshop in Political Theory and Policy Analysis, Indiana University 1982, S. 2.

– auch – der Gewalt bedient. Eine völlige Trennung des Guten vom Bösen ist prinzipiell unmöglich. Damit muss der Zweck immer im Zusammenhang und im Verhältnis zu den Mitteln bedacht werden.

Der Parteikommunismus geriet in Versuchung, sich genau dem zu entziehen. Jeder Konflikt wurde fast ohne Grautöne in den Gegensatz Sozialismus oder Barbarei, Sozialismus oder Faschismus übersetzt. Das schlimme Unwort vom Sozialfaschismus, als Diffamierung der Sozialdemokratie, war nur einer der Ausdrücke dieses manichäischen Reduktionismus. Die entstehende Bundesrepublik erschien in der Propaganda als Fortsetzung des deutschen Faschismus durch die Bourgeoisie mit anderen Mitteln.

Unter den Bedingungen einer solchen Zuspitzung wurde Gewalt gegen Menschen zu einem kleineren Übel, zu einem notwendigen Übel oder sogar zu etwas Gutem. Und als Inkarnation des Bösen verlor der Andersdenkende, Andershandelnde auch die Menschenwürde. Stalins Chefankläger der Moskauer Prozesse, Andrej Wyschinski, beendete sein „Plädoyer“ im Prozess gegen Lew Kamenew und Grigori Sinowjew mit den Worten, sie seien tollwütige Hunde, die man erschießen müsse. Und Stalin hob zum 20. Jahrestag der Oktoberrevolution, am 7. November 1937, nachdem er die Einheit der UdSSR beschworen hatte, zu einem Trinkspruch an, der auch den alten Kampfgefährten den Tod verhieß: „Deshalb ist jeder, der versucht, diese Einheit des sozialistischen Staates zu zerstören [...], ein Feind, ein geschworener Feind des Staates, der Völker der UdSSR. Und wir werden jeden dieser Feinde vernichten, sei er auch ein alter Bolschewik, wir werden seine Sippe, seine Familie komplett vernichten. [...] Auf die Vernichtung aller Feinde, ihrer selbst, ihrer Sippe – bis zum Ende!“¹⁴

„Der bürgerlich-parlamentarischen Republik einen Kampf auf Leben und Tod“

Das Bewusstsein, dass Gewalt immer etwas Böses ist, immer die Menschenwürde verletzt, deshalb der äußersten Kontrolle bedarf – der schärfsten moralisch-sittlichen wie der institutionellen Hemmung – konnte im Leninismus schnell verloren gehen. Rosa Luxemburgs Diktum, der „wahre Odem des Sozialismus“ sei die Verbindung von „rücksichtsloseste(r) revolutionäre(r) Tatkraft und weitherzigste(r) Menschlichkeit“¹⁵, wurde immer wieder auf die Unbarmherzigkeit der kommunistischen „Sache“ und ihrer politischen Zweckmäßigkeit reduziert. Zugleich aber rief dies das Unverständnis, den Unwillen und schließlich auch Protest genau jener hervor, die aus Humanität doch zu Kommunistinnen und Kommunisten geworden waren. Wie konnten sie menschlich bei sich selbst bleiben, wenn das kommunistische Projekt im Prozess seiner politischen Verwirklichung nicht menschlicher wurde?!

14 Zit. nach: Wladislaw Hedeler und Inge Münz-Koenen (Hg.), „Ich kam als Gast in euer Land gereist...“. Deutsche Hitlergegner als Opfer des Stalinterrors. Familienschicksale 1933-1956, Berlin 2013, S. 48.

15 Rosa Luxemburg, Eine Ehrenpflicht, in Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 406.

Schon im Januar 1918 hatte Nikolai Bucharin bei der ersten und letzten Sitzung der Konstituierenden Versammlung Russlands „der bürgerlich-parlamentarischen Republik einen Kampf auf Leben und Tod“ erklärt¹⁶. Den frei gewählten Volksvertretern wurde das Ultimatum gestellt: Übernahme aller Beschlüsse der Sowjetregierung und sofortige Selbstauflösung oder aber Auflösung durch die von Bolschewiki und linken Sozialrevolutionären gebildeten Macht. Ab Februar 1918 wurden die Vertreter der anderen Parteien, beginnend mit den rechten Sozialrevolutionären und Menschewiki, die in der Konstituierenden Versammlung die Mehrheit gehabt hatten, mit administrativen Mitteln aus allen politischen Ämtern entfernt. Die zivile Austragung von politischen Konflikten wurde unmöglich. Jetzt sprach nur noch der „Genosse Mauser“ (Majakowski 1918). Die Auflösung der Konstituierenden Versammlung machte den totalen Bürgerkrieg unvermeidlich. Ihm fielen rund eine Million Menschen als Soldaten direkt und durch den Terror beider Seiten sowie durch antijüdische Pogrome zum Opfer. Die Zahl der zivilen Opfer (Seuchen, Hunger usw.) liegt bei geschätzten acht Millionen, vier Mal höher als im Ersten Weltkrieg.¹⁷ Die „Freiheit der Andersdenkenden“ fand ein blutiges Ende.

Lenin ging davon aus, dass zumindest im ersten Anlauf in Russland und unter den Bedingungen internationaler Isolierung, sogar von ausländischer Intervention, Sozialismus und Demokratie nicht zugleich möglich sein würden, und er entschied sich für die Diktatur. Um sie zu sichern, ging er jeden Kompromiss ein – in der nationalen Frage gestand er Finnland und den baltischen Ländern die staatliche Selbstständigkeit zu. Er übernahm die Position der Sozialrevolutionäre und verteilte das Land an die Bauern, anstatt es zu nationalisieren. Er schloss sogar einen Sonderfrieden mit dem kaiserlichen Deutschland. In der Ergreifung und Sicherung der politischen Macht der kommunistischen Partei sah Lenin den entscheidenden Schlüssel, das Tor zum Sozialismus endlich aufzustoßen. Dafür war er bereit, jeden Preis zu zahlen und verlangte Anderen jeden Preis ab.

Hier zeigt sich: Die Leninsche Politik war nicht prinzipienlos, sondern hatte ganz im Gegenteil nur ein Prinzip – die Sicherung der Macht der Bolschewiki als Garant einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft. Der Aufbau einer welthistorisch so noch nie gesehenen Geheimpolizei und der Ausbau eines umfassenden Lagersystems zu einer permanenten Form der Internierung von aktuellen oder potentiellen Gegnern, systematischer Terror, militärische Zwangswirtschaft, die Unterdrückung der letzten Reste innerparteilicher Demokratie schienen durch dieses eine Prinzip legitimiert. Und die Mittel waren letztlich zumindest in dem einen entscheidenden Punkt erfolgreich: Diktatorisch wurde die Macht der kommunistischen Partei in Russland letztlich gesichert. Allgemeine Wahlen, verfassunggebende Versammlungen, Freiheit der Rede und der politischen Organisation führten

dagegen in den meisten west- oder zentraleuropäischen Ländern Europas nach 1918 in eine bürgerliche Demokratie. Und die bewaffnete Reaktion, deren Opfer Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und viele andere wurden, tat das Übrige, um Sozialismus zu verhindern – auch in Reaktion auf die Ereignisse in Russland.

Menschen als Sachen

Der Schrecken des Leninismus liegt darin, dass er mit der wichtigsten Maxime der Aufklärung gebrochen und Menschen wie Sachen behandelt, als bloßes Mittel und nicht auch als Selbstzweck. Der Parteikommunismus riss die Schranke zwischen Mensch und Ding nieder. Er verwandelte die Einzelnen in „Werkzeuge“ der kommunistischen Sache, ja, die Kommunisten selbst formten sich um in bloße Mittel der Politik bis hin zur Selbstvernichtung. Dies ist die Ursünde des Leninismus in der Geschichte der Linken.

Der Stalinismus wurde erst *möglich*, weil sich in der kommunistischen Bewegung der Leninismus durchgesetzt hatte. Während aber für Lenin und den originären Bolschewismus die Macht der eigenen Partei letztlich ein diktatorisches Mittel für solidarisch-emanzipatorische Ziele war und daran immer wieder gemessen wurde, wurde sie im Stalinismus zum Selbstzweck. Durch Stalin (und eine Reihe anderer Führer kommunistischer Parteien) wurde die entscheidende zivilisatorische Selbstbindung des Leninismus, die Bindung an die solidarische Selbstbefreiung der unterdrückten Klassen, aufgegeben. Der Stalinismus ist zugleich Erbe und er ist ein gewalttätiger Bruch mit dem Leninismus.

Soweit der Parteikommunismus stalinistisch wurde – und er wurde es nur in wenigen Jahren ganz und verlor zugleich niemals wieder völlig dieses Moment –, wurde die Vormacht der Partei selbst, der Parteiführung und letztlich der Führer zum alleinigen Zweck. In diesem Augenblick wurde aus der zwanghaften Disziplinierung und Selbstdisziplinierung der Kommunistinnen und Kommunisten ihre systematische Verfolgung und auch Vernichtung. Jetzt stand der Hauptfeind der personalisierten Herrschaft in den eigenen Reihen. Jeder, der auch nur den Ansatz von Autonomie verkörpern konnte, wurde zum potentiellen Verräter – seien es die sogenannten Spezialisten, die Militärs, die Intellektuellen, die Ausländer, die Kulturschaffenden, jeder, der Kontakt hatte mit Gruppen jenseits der eigenen Partei und deren Kontrolle. So wurde Verfolgung apersonal und systematisch. Die leninistische Schwächung der zivilisatorischen Bindung des Kommunismus wurde zur Auflösung dieser Bindung. Nun galt: Sozialismus in einem Land *und* millionenfache Barbarei! Erst als die Selbstvernichtung der Partei Stalins eigene Macht bedrohte, als später der Angriff Hitlerdeutschlands die geschwächte Sowjetunion an den Rand der Vernichtung brachte, kam es zur Zähmung des Terrors. Die späten 1940er Jahre sahen eine neue Welle.

Mühselig wurde nach 1953, nach dem Tode Stalins, die Umkehr eingeleitet, wurden zivilisatorische Bindungen wieder aufgerichtet, wurde des

16 Aus den stenographischen Aufzeichnungen über die Tagung der Konstituierenden Versammlung. 5. und 6. Januar 1918, in: Wladislaw Hedeler, Horst Schützler und Sonja Striegnitz (Hg.), Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?, Berlin 1997, S. 412.
17 Vgl. „Russischer Bürgerkrieg“, www.wikipedia.de, 6.1.2014.

befreienden Auftrags erinnert, wurde der Stalinismus zugunsten des Leninismus zurückgedrängt, auch wenn nach 1956 und auch später immer wieder neue Repressionen einsetzten. Doch erst der unblutige Verzicht der Parteikommunisten auf die Macht 1989 schloss diesen Zyklus ab. Erst 1989 begann sich das Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED mit dem Schicksal jener zu beschäftigen, die oft im Auftrag der KPD oder durch sie gewonnen, in die Sowjetunion gegangen waren und dort Opfer des stalinistischen Terrors wurden. Wie sagte Christa Wolf im Herbst 1989 bei der Lesung von Walter Jankas „Schwierigkeiten mit der Wahrheit“ im Deutschen Theater: „Zum ersten Mal wird öffentlich und so radikal wie möglich jenes Grundübel zur Sprache kommen, aus dem über Jahrzehnte hin fast alle anderen Übel des Staates DDR hervorgegangen sind: der Stalinismus.“¹⁸

Seitdem steht die Aufgabe, das große Ziel der „freien Assoziation“ (Marx) und den Weg der Befreiung auf neue Weise und mit neuen Mitteln in Übereinstimmung zu bringen. Die kapitalistische Zivilisationskrise ist der Hintergrund, vor dem dies heute geschieht. Bei alledem zeigt sich aber auch, jenseits der kleinkarierten Debatten über den Begriff „Unrechtsstaat“: Die politische und moralische Glaubwürdigkeit sozialistischer Politik ist nicht allein vom souveränen Umgang mit dem Stalinismus abhängig. Doch *ohne* einen solchen Umgang mit der eigenen Geschichte des Stalinismus *und* des Leninismus kann sie niemals gewonnen und keinesfalls auf Dauer bewahrt werden.

¹⁸ Zit. nach: Walter Janka, *Spuren eines Lebens*, Berlin 1991, S. 11.